

Update aus dem Vorstand FH SCHWEIZ

Der Vorstand arbeitet in Ressorts und Arbeitsgruppen. Hier das Aktuellste aus:

Bildungspolitik

(siehe www.fhschweiz.ch/bildung-politik – unsere stets aktualisierten Dossiers)

Aktuell laufen drei Vernehmlassungen, zu denen FH SCHWEIZ eine Stellungnahme abgeben wird:

- Professional Bachelor –Die Attraktivität und die Anerkennung der höheren Fachschulen (HF) und der höheren Berufsbildung sollen insgesamt verbessert werden. Ein Teil davon ist die Einführung der Titelnennungen «[Professional Bachelor](#)» und «Professional Master» für die Abschlüsse der höheren Berufsbildung. FH SCHWEIZ ist nach wie vor der Meinung, dass es zu einer Titel-Verwirrung in der Bildungslandschaft führen würde.
- Praxisintegrierter Bachelorstudiengang (PiBS) – [PiBS](#) ist ein vierjähriges FH-Bachelorstudium in MINT-Fachrichtungen, das insbesondere Absolvent:innen einer gymnasialen Maturität erlaubt, ohne einjährige Arbeitswelterfahrung ein FH-Studium aufzunehmen. Die Praxiserfahrung erwerben die Studierenden während des Studiums in integrierten Praxisteilen (40 %) in einem Unternehmen. Mit der Vernehmlassung soll das bisherige Pilotprojekt nun mit dem Bundesgesetz in Einklang gebracht werden.
- Zulassungsverordnung FH – Mit der geplanten Änderung der Verordnung des Hochschulrates über die Zulassung zu den Fachhochschulen und den Fachhochschulinstitutionen sollen die Zulassungsvoraussetzungen im Fachbereich Gesundheit zusätzlich präzisiert werden. Es geht dabei um die Befreiung der Kandidat:innen mit einem vorhandenen Ausbildungsabschluss im Gesundheitsbereich von der Eignungsabklärung sowie um das Selektionsverfahren für die Studienplatzverteilung. Noch nicht präzisiert wird die einjährige Arbeitswelterfahrung.

Verbandsentwicklung & Netzwerk

Die diesjährigen Roundtables mit unseren angeschlossenen Organisationen fanden dieses Jahr im September mit einem Treffen inklusive Apéro im Bundeshaus in Bern und kurz später auch online statt. Dabei stand

- der Austausch in der Mitgliedergewinnung,
- eine verstärkte individuelle Zusammenarbeit und
- ein interessenbasiertes, nationales Netzwerk im Vordergrund.
- Entsprechend sollen gemachte Erfahrungen in den Organisationen oder auch vorhandene Unterlagen von allen genutzt werden können und zugänglich gemacht werden.
- Auch bereits bekannte, bildungspolitische Themen sollen wieder und wieder kommuniziert werden.